



# Einschränkungen der demokratischen Teilhabe von Klimaaktivist\*innen in Deutschland

Green Legal Spaces Studie 2025

## Ein Aufruf für den Schutz demokratischer Rechte

Berlin, 29.01.2025

Die Repressionen gegen die Klimabewegung nehmen zu. Das zeigt eine [Studie](#), die Green Legal Impact Germany e.V. heute veröffentlichte. In Zusammenarbeit mit Wissenschaftler\*innen verschiedener Fachrichtungen, wirft der Bericht ein Licht auf die wachsenden Einschränkungen und die daraus resultierenden Herausforderungen für demokratische Handlungsspielräume innerhalb der Klimabewegung.

Die Untersuchung Green Legal Spaces Studie 2025 beleuchtet, dass die Corona-Pandemie und andere globale Ereignisse auch die Dynamik gegenüber der Klimabewegung beeinflusst haben. Das zeigt sich etwa an verstärkter polizeilicher Präsenz und repressiven Maßnahmen wie den Einsatz von Schmerzgriffe, Anklagen als kriminelle Vereinigung und zuletzt – wie im aktuellen Fall der bayerischen Klimaaktivistin Lisa Poettinger – auch Berufsverbot. In politischen und medialen Diskursen nehmen sprachliche Diffamierungen zu, die Anklagen wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung und zunehmende polizeiliche Maßnahmen verstärken sich gegenseitig, betreffen alle Teile der Bewegung und sind eine ernsthafte Bedrohung für die Versammlungs-, Meinungs- und Vereinigungsfreiheit.

Trotz schwieriger Datenlage analysiert die Studie die Entwicklung der polizeilichen und administrativen Praxis, die Medienberichterstattung sowie politische Reaktionen auf die Klimaproteste und betrachtet deren Auswirkungen auf zivilgesellschaftliche Beteiligung. Sie beleuchtet, wie die Aktivist\*innen diese Veränderungen wahrnehmen und sich mehr und mehr zurück ziehen.

Henrike Lindemann, Geschäftsführerin von Green Legal Impact betont: „Die Zivilgesellschaft steht unter Druck. Klimaaktivist\*innen und Umweltverbände brauchen gesellschaftliche Anerkennung und ein förderliches Umfeld. Für Klimaschutz und ein Leben innerhalb der planetaren Grenzen sind umfassende Aushandlungsprozesse nötig – von Energiepolitik bis Mobilitätswende. Das gelingt nur mit einer starken, vielstimmigen Zivilgesellschaft sowie garantierter Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Vor der Bundestagswahl müssen die Parteien klar Stellung beziehen: für wirksamen Klimaschutz und den Schutz demokratischer Grundrechte.“

Die Studie schließt deshalb mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Politik, um gegen die repressiven Tendenzen vorzugehen und die notwendige gesellschaftliche Debatte zu fördern. Sie fordert ein Ende rigoroser Polizeimethoden und eine kritische Überprüfung von Gesetzen, die Klimaaktivist\*innen kriminalisieren.

Kontakt für Rückfragen: Emmanuel Schlichter, Referent, +49 17647613860, [schlichter@greenlegal.eu](mailto:schlichter@greenlegal.eu)

*Die Studie wurde von Green Legal Impact in Kooperation mit Amnesty International und gemeinsam mit dem Maecenata Institut, dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen, (Untersuchung des Diskurses) dem Institut für Protest- und Bewegungsforschung (Untersuchung der Polizeimaßnahmen) und dem Institut für Humangeographie (Untersuchung der Behördenaktivitäten) erstellt.*

